

Autor	Beitrag
<p>räubertochter 14.04.2012 09:27</p>	<p>Das war mal knapp: Fast wäre das Casino der Stadt Bremen baden gegangen, aber Vater Staat hat den Rettungsanker für das Pleitehaus geworfen und auf einen Teil der Spielbank-Abgabe im Wert von 1 Millionen Euro verzichtet. Die große Frage ist nur: Warum? Wenn offensichtlich nicht genug Leute hingehen, folglich also kein großer Bedarf besteht, warum dann die Rettungsleine reichen?</p> <p>Ach so, stimmt ja, der Staat verdient ja trotzdem mit. Nun zwar satte 15% weniger, aber das ist natürlich besser als nichts.</p> <p>http://www.weser-kurier.de/Artikel/Bremen/Politik/570709/Bremen-rettet-Casino-vor-Insolvenz.html</p>
<p>bandick 21.11.2012 12:48</p>	<p>Die Landesregierung im hoch verschuldeten Bremen will auf Einnahmen verzichten, um das Casino Bremen vor dem Aus zu bewahren. Damit will sie das Überleben der Stiftung "Wohnliche Stadt" sichern, die aus der Spielbankabgabe finanziert wird. Nach einem am Dienstag beschlossenen Gesetzentwurf sollen die Abgaben des Casinos an der Schlachte von 55 auf 40 Prozent des Bruttospielertrags sinken.</p> <p>http://www.radiobremen.de/politik/nachrichten/finanzenspielbanksenat100.html</p>
<p>räubertochter 01.02.2013 16:16</p>	<p>„Der Betreiber der Spielbank Bremen, die Westdeutsche Spielbanken GmbH & Co.KG, vertreten durch den Geschäftsführer, Herrn Mahlmann, hat sich klar zum Standort der Spielbank Bremen bekannt und eine Verkaufsabsicht entschieden bestritten, so Bernhard Stracke von der Bundeskoordinierung Spielbanken und Verhandlungsführer der Tarifkommission von ver.di für die Spielbank Bremen.</p> <p>„Diese Aussage wird von ver.di ausdrücklich begrüßt, ist doch durch Presseveröffentlichungen über einen möglichen Verkauf die Unsicherheit unter der Belegschaft sehr groß“, so der Betreuungssekretär Markus Westermann.</p> <p>„Ver.di und Westspiel verhandelt seit vielen Monaten über einen neuen Haustarifvertrag“, so Stracke. Die gekündigten Tarifverträge für die rund 100 Beschäftigten befinden sich seit vielen Jahren in der Nachwirkung. Etwa die Hälfte der Beschäftigten fällt nicht mehr unter die Nachwirkung der Tarifverträge, die seit dieser Zeit eingestellten Beschäftigten haben über Einzelarbeitsverträge schlechtere Arbeitsbedingungen.</p> <p>„Es gilt nun, neue zeitgemäße Tarifverträge abzuschließen, deshalb wurden auch bereits zwei weitere Verhandlungstermine mit der Geschäftsleitung vereinbart“, so Stracke.</p> <p>Quelle: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)</p>

In diesem Thema befinden sich folgende Anhänge: